



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/29

3. Februar 1950

"Neigung für Marschmusik"

sp. Die Formen, in denen die alte Herrlichkeit für ihre Nutzniesser wieder erstehen soll, sind verschieden. Sie tragen parteipolitischen, dann auch wieder bündischen Charakter, wenn das Wort auch vermieden und durch Union, Aktion oder Gemeinschaft ersetzt wird. Oder sie knüpfen an den unverfänglichen und durch Patina würdig geschmückten Begriff Tradition an. Wie so oft die Idee durch das Geschäft herabgezogen wird, so muss andererseits häufig ein anscheinend begreifliches materielles Interesse etwa an einer angemessenen Versorgung dazu herhalten, politische Aktionen zu verbergen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Eines davon ist die Rührigkeit in Kreisen der Führerschaft des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes. In mehreren deutschen Ländern sind bereits Verbände gegründet, Verbindungen hergestellt worden. Ein Zusammenschluss auf Bundesebene wird angestrebt, um so mit grösserem Gewicht Forderungen vertreten zu können. Das alles klingt harmlos und plausibel. Vom Standpunkt der Betroffenen aus ist es verständlich, dass man sich um die Sicherung der materiellen Existenz bemüht.

Aber es ist unverkennbar, dass hier eben unter dem Deckmantel solcher Bestrebungen politische Hilfstruppen für die äusserste Rechte mobilisiert werden sollen. In Braunschweig z.B. wurde dieser Tage ein Kreisverband ehemaliger RAD-Führer gegründet und zum ersten Vorsitzenden ein Herr Guth gewählt, der Geschäftsführer der Deutschen Reichspartei ist. Anstoss daran wurde kaum genommen, im Gegenteil. Als Diskussionsredner erklärte ein Herr Maul - wir wollen nicht so unhöflich sein zu sagen, nomen est omen - es sei natürlich, dass die ehemaligen Angehörigen des RAD sich zum Lager der Rechten hingezogen fühlten. Er zum Beispiel müsse zugeben, dass er auch heute noch eine nicht geringe Neigung für Marschmusik habe und er glaube die Zeiten nicht mehr so fern, dass man sie nicht wieder offen zeigen könne. Zunächst könne man freilich mit

einem Zylinder mehr erreichen. Dass solche Leute hier verallgemeinern von allen Angehörigen des RAD sprechen, wenn sie ihre eigene Gefolgschaft zwangweise zivilisierter kleiner Führer meinen, entspringt der alten Vermeinenheit, sich selbst mit denen zu identifizieren, die ihnen auf höheren Befehl zur Bearbeitung übergeben wurden.

Der in den letzten Monaten oft erörterte Gedanke, eine Art sozialen Aufbaudienst oder etwas ähnliches zu schaffen, um auf diese in vieler Hinsicht höchst fragwürdige Weise arbeitslosen Menschen Beschäftigung und Halt zu geben, wird durch die Machenschaften solcher Cliquen politisierender ehemaliger Oberfeldmeister nur vollends diskreditiert. Niemand ist heute so töricht, den Angehörigen des RAD allgemein irgend welche Vorwürfe zu machen oder etwa das ehemalige Führerkorps in Bausch und Bogen der "Neigung für Marschmusik" mit allen Drum und Dran zu zeihen. Die ursprüngliche Freiwilligkeit auch dieser Einrichtung kennt man. Aber man kennt auch den Geist der meisten dieser Erzieher der Jugend zum strammen Soldatentum. Wenn gerade sie sich über die argwöhnische Aufmerksamkeit empören, die ihren Bemühungen vielfach entgegengebracht wird, so ist das im Grunde nur ein Beweis dafür, dass das Misstrauen berechtigt ist. Wie ein Herr Windhausen auf der erwähnten Braunschweiger Tagung sagte: "Es ist eine Partei, die uns vor allem nicht wohl will. Wir haben sie uns gemerkt und sie wird ihr Fett kriegen".

Es war ziemlich klar, wer gemeint war. Im Grunde könnte jede Partei darauf stolz sein, von dieser Stelle in diesem Zusammenhang in diesem Sinne gemeint zu werden.

Jede generelle Diffamierung einer Berufsklasse oder auch einer früheren Riesenorganisation ist kompletter Unsinn. Aber gegenüber denen, die, verbittert und ohne die Zeit ihres kümmerlichen kleinen Glanzes vergessen zu können, auf den Trümmern des kaum beendeten Krieges ein Betätigungsfeld für ihre unverlierbare "Neigung zur Marschmusik" suchen, ist äusserstes Misstrauen am Platze.

Schwierigkeiten in Südtirol

F. Innsbruck, Anfang Febr.

Die Nachrichten, die in den letzten Wochen aus Südtirol einlangten, sind unerfreulich. Dr. Gruber deutete dies an, als er kürzlich in Innsbruck neue Besprechungen zwischen Italien und Österreich ankündigte und dabei sagte: "Wir werden dafür sorgen, dass ein weiteres wichtiges Stück der Durchführung des Pariser Abkommens verwirklicht wird. Wenn verschiedene untergeordnete Organe bei dieser Durchführung Fehler begehen, so ist es Aufgabe der beiden Regierungen, dem Vertrage immer wieder neues Leben einzuhauchen".

Zweifellos ist diese Aufgabe nicht gering. Denn das Abkommen von 1946 wurde sozusagen ad personam von de Gasperi und Dr. Gruber abgeschlossen. Garantien für die Durchführung gibt es nicht. Es entstand in Paris vor der gesamten diplomatischen Öffentlichkeit, und zwar zu einer Zeit, als die Hoffnung noch sehr gross war, dass Österreich bald in den Besitz seiner vollen Souveränität gelangen werde. Inzwischen sind fast vier Jahre vergangen und die Aussichten Österreichs auf den Staatsvertrag sind nicht sehr gross. Damals, 1946, glaubte jeder Österreicher, die Pariser Absprache werde mit einigem guten Willen auf beiden Seiten doch eine fruchtbare Zusammenarbeit ermöglichen. Nach gewissen Anfangsschwierigkeiten schien eine erfreulichere Zeit für die österreichischen Südtiroler im Anzuge zu sein.

Natürlich hatte die chauvinistische Haltung der Faschisten viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit verschüttet. Dazu kam, dass die italienischen Faschisten auf ihren Posten das Regime überdauert hatten und nach wie vor ihre Gewalt als Beamte ausübten. Ein Anknüpfen an die Zeit vor der faschistischen Ära schien geboten. Als der Friedensvertrag von St. Germain mit Wirkung vom 16. Juli 1920 das Südtirolerland den Italienern überantwortet hatte, war die Lage durchaus nicht hoffnungslos, denn es war noch nicht vergessen, dass General Peccori-Giraldi im November 1918 durch Maueranschläge und Flugblätter den Südtirolern verkünden liess, die deutschen Einrichtungen würden unangetastet bleiben. Der Leidensweg der Südtiroler begann erst mit der Machtergreifung Mussolinis. Paolo Drigo veröffentlichte am 1. Juli 1925 ein Italienisierungsprogramm, in dem darauf hingewiesen wurde, Südtirol könne

200.000 Italienern Raum bieten.

Die heutige kritische Lage in Südtirol verdankt ihre Entstehung dem Aussiedlungspakt zwischen Mussolini und Hitler. Viele Südtiroler, des Kampfes um die Heimat müde geworden, fanden sich damals bereit, sie zu verlassen. Hitler hatte ihnen eine Ansiedlung in den Alpengeauen versprochen. Nicht weniger als 85.000 Menschen folgten dem Ruf, sie optierten für eine neue Heimat, die sie ebenso wenig erhielten, wie die Wolhynien- und Bessarabiendeutschen. Diese Menschen, seither in Österreich ansässig, sehnten die Stunde herbei, in der sie wieder als freie Österreicher in ihrer Heimat wohnen sollten. In der Tat sah es - von Österreich aus betrachtet - im Herbst 1945 so aus, als würde es gelingen, Südtirol wieder an Österreich anzuschliessen. Der Ministerrat erteilte den in Österreich lebenden Südtirolern ein eigenes Statut, das ihnen die Gleichstellung mit den Einheimischen brachte.

Von den 85.000 Optanten wollen 77.000 wieder in die alte Heimat zurückkehren. Nun sind ihnen aber seinerzeit ebenso viele, wenn nicht mehr, Italiener nachgerückt. Es geht also um jede einzelne Existenz. Die autonomen Behörden Südtirols haben einen schweren Kampf zu führen. Bisher ist es nicht gelungen, die Italiener zur Aufgabe ihrer Positionen zu veranlassen. Gerade auf diesem Gebiet entstehen die grössten Schwierigkeiten. Zusehends versteifen sich die Fronten. Es ist auch bereits zu unfreundlichen Handlungen gekommen. Wenn Aussenminister Dr. Gruber von Fehlern untergeordneter Organe sprach, so deutete er die Entwicklung der Stimmung in Südtirol an. Es wird nun darauf ankommen, dass die kommende Aussprache zwischen Wien und Rom von dieser Stimmung unbeeinflusst ist.

Der Kampf zwischen dem italienischen Zentralismus und der Südtiroler Autonomie wird wohl die im Laufe von 20 Jahren geschaffenen Bedingungen berücksichtigen müssen. Auf der einen Seite stehen Zehntausende, die aufgrund eines Vertrages ihre alte Heimat wiedererhalten sollen, auf der anderen Seite verteidigen ebensoviel Menschen die neue Heimat. Es geht um die soziale Stellung und die soziale Einstellung dieser Menschen auf beiden Seiten. In diesem Kampfe müssen die beiden Staaten als Helfer auftreten, nicht nur als Verteidiger von Rechtsansprüchen.

Weinland stellt Bergmannsnachwuchs

K.fr. Was keine frühere Zeit zuwege brachte, liess die unsichere Wirtschaftslage unserer Tage reifen: Das Bauern- und Winzerland um Trier stellt Jugendliche für den Ruhrbergbau ab. Zwar war es bis 1946 noch üblich, dass zahlreiche zweite und dritte Bauernsöhne sowie die Arbeiterkinder des vorderen Hochwaldes auf die Saargruben fuhren, aber die neuen Grenz- und Zollverhältnisse änderten diesen Kurs. Deutsche Bergmänner scheinen an der Saar nicht mehr begehrt zu sein. So stellten die Arbeitsämter von Trier, Koblenz, Mayen und Gerols ein den Umsiedlungsprozess auf das Ruhrgebiet ein. Den ersten 50 Jungbergmännern folgen demnächst Hunderte von 14- bis 20-jährigen aus zahlreichen Dörfern der Eifel, des Saar- und Moseltales und vom Hunsrück.

Die ersten Jungbergmänner wurden bei Moers und Rheinhausen am linken Niederrhein ~~am~~ auf den Zechen rings um Essen und Mülheim angesiedelt. Sie besuchen zunächst Lehrwerkstätten, um mit Vollendung des 16. Lebensjahres unter Tage einzufahren. Die Entlohnung beträgt 110 bis 120 DM im Monat (für die 14-Jährigen!). Nach Abzug des Kost- und Logisgeldes, das der Leiter des Bergmannsheimes erhält, wird das Geld den Eltern zugestellt oder auf einem Sparkonto eingezahlt. Der Junge selbst erhält Taschengeld. Jungbergmänner und Knappen erhalten neben der Entlohnung noch Deputatkohle.

Der Bergbau selbst ist bestrebt, die Jugendlichen in geordnete Lehr- und Arbeitsverhältnisse zu bringen. Er entwarf mit Gewerkschaften und Arbeitsämtern Berufslaufbahnen, die vom Berglehrling zum Fahrhauer führen. Besonders Begabten steht mit dem Besuch der Bergvorschule und der Bergschuloberklassen die Steigerlaufbahn offen. Die Zeche bezahlt jedem zwei Heimfahrten jährlich und gestattet zwei weitere Fahrten. Alle Jungbergleute unterstehen ausgewählten Steigern, die sie in Werkstatt und vor Ort anlernen. Neben den Jungen von der Mosel weilen Hunderte von Flüchtlingsöhnen bereits im Ruhrbergbau, Heimatlose, die hier Arbeit fanden. Dass einige Zechen diesen Flüchtlingsöhnen als Prämie für besondere Prüfungsergebnisse komplette Bergmannshäuser vermittelten, in die sie ihre Eltern aus Norddeutschland nachkommen lassen können, löste bei den Ostvertriebenen ein dankbares Echo aus. Auf den Zechen von Rheinpreussen werden den sieben ersten Prämien-Siedlern der Ostvertriebenen noch weitere folgen. Allerdings lag es bei dem problematisch gewordenen

Nachwuchsmangel und dem Veralterungsprozess der Bergleute im Sinne aller Zechen, die Umsiedlung von Jungbergleuten aus allen Sändern

Deutschlands, vornehmlich aus überfüllten Flüchtlingsgebieten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, sowie aus dem Lande arbeits-

loser Eifelsöhne und Moselaner zu fördern.

-o-o-o-

Heimkehrerbrief an Dr. Schumacher

sp. Wir veröffentlichen nachstehend einen Auszug aus dem Schreiben, das der Heimkehrer Hans Breitkopf-Bremen an Dr. Kurt Schumacher gerichtet hat. Es enthält ausser zweckdienlichen Angaben für die Arbeit der Kriegsgefangenenhilfe der SPD folgende Schlussbemerkungen:

"Wir Spätheimkehrer haben uns das Ziel gesetzt, unter allen Umständen unseren in der UdSSR verbliebenen Kameraden die nötige Hilfe angedeihen zu lassen, indem wir die Forderung erheben,

1. die Aufrollung der Prozesse vor einem internationalen Gerichtshof,
2. die Gestellung deutschen Rechtsbeistandes,
3. die Herstellung sofortiger Postverbindung und
4. die Sicherstellung der Angehörigen zu veranlassen.

Wir alle, die wir in der Sowjetunion hinter Stacheldraht gesessen haben, wussten schon damals, dass uns die Heimat nicht vergessen würde. Dafür waren wir besonders Ihnen, sehr geehrter Herr Doktor, von ganzem Herzen dankbar, waren Sie es doch, der u.a. die kartellmässige Erfassung aller noch nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen veranlasst hatte.

Diese Tatsache war für uns ein grosser Frost in der schweren Zeit, wusste doch ein jeder, dass er in Zukunft noch ohne weiteres "irgendwohin" verschwinden konnte.

Ich möchte Ihnen daher an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank für all' Ihre Bemühungen in dieser Angelegenheit aussprechen."

-o-o-o-

Entscheidend war der Keller. (sp.) Der SSD (Staatssicherheitsdienst) von Hoyerswerda zog in das Haus Dresdner Strasse 18. Die Mietverhandlungen führte als Strohmann der Landesregierung ein gewisser Landmann. Den Ausschlag für die Wahl dieses Hauses gab eine Besichtigung der sehr stabilen Kellerräume. Die bisherigen Mieter wurden durch das Wohnungsamt anderweitig untergebracht. Bis zum Einzug der SSD-Stienststelle wurden unter Aufsicht von Volkspolizei-offizieren die Kellerräume zu Einzelzellen umgebaut. Vor kurzem wurden die ersten Untersuchungsgefangenen eingeliefert.

-o-o-o-